

Entschließungsantrag

des Bundesrates Bernard
betreffend **Maßnahmenpaket zur dringenden Entlastung des heimischen Transportgewerbes**

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Top 17: Beschluss des Nationalrates vom 12. Oktober 2022 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz, mit dem die Begründung von Vorbelastungen durch den Bundesminister für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort genehmigt wird, und das Bundesgesetz über einen Energiekostenzuschuss für energieintensive Unternehmen (Unternehmens-Energiekostenzuschussgesetz – UEZG) geändert werden (2829/A und 1732 d.B.) in der 946. Sitzung des Bundesrates, am 20. Oktober 2022

Die enorme Teuerung und insbesondere die massiv gestiegenen Energiepreise bereiten insbesondere der heimischen Transportwirtschaft massive Probleme. So stellt Alexander Klacska, Obmann der Bundessparte Transport und Verkehr in der Wirtschaftskammer (WKO) in einem Artikel in den Salzburger Nachrichten vom 13.09.2022 mit dem treffenden Titel: *„Dem Sonnenuntergang entgegenfahren“* unmissverständlich fest, dass sich die Situation in den Betrieben deutlich verschärft hat, und dass die Lage schlimmer ist als in der Coronazeit, *„vor allem wenn wir innerhalb weniger Tage zweistellige Preissteigerungen haben“*.

„Auf der einen Seite fahren die Kosten davon – vor allem bei den Energie- und Treibstoffpreisen. Die kommende CO₂-Bepreisung werde die Kosten weiter erhöhen, so Klacska weiter, und fügt hinzu: *„Dabei ist Österreich schon heute eines der teuersten Länder beim Treibstoff“*. *„Innerhalb eines Jahres seien die Treibstoffkosten um 80 Prozent gestiegen. Eine CO₂-Bepreisung, die ab 1. Oktober 2022 vorgesehen ist, würde diesen Preisauftrieb noch zusätzlich befeuern“*, so der Obmann der Transporteure in der WKOÖ Reder.

Am Beispiel eines oberösterreichischen Transport-Unternehmens mit 250 LKW wirke sich der Preisanstieg des Treibstoffs mit Mehrkosten von 400.000 Euro im Monat oder 4,8 Millionen Euro pro Jahr aus. Werde die CO₂-Bepreisung mit berechnet, lägen die Mehrkosten für ein Jahr bei 5,5 Millionen Euro, so Reder.

<https://www.tips.at/nachrichten/ooe/wirtschaft-politik/579489-wirtschaftskammer-wa-nt-vor-kostenexplosion-fuer-heimische-betriebe> 15.09.2022

Neben den großen Transportunternehmern sind es aber insbesondere die vielen kleinen und mittleren Transportunternehmen, die vielfach nicht mehr wissen, wie sie die täglichen Treibstoffkosten finanzieren sollen und bereits vor einer existenzbedrohenden Situation stehen.

NÖ Fachgruppen- und Fachverbandsobmann Markus Fischer bringt die Problematik auf den Punkt, wenn er anlässlich eines Branchenevents des Güterbeförderungsgewerbes der Wirtschaftskammer Niederösterreich sehr drastisch klarlegt, dass angesichts der kommenden CO₂-Bepreisung Maßnahmen gegen die aktuell massiven Preissteigerungen im Energie- und Treibstoffbereich dringend nötig sind. *„Ohne Gewerbediesel, Senkung der Mehrwert- oder Mineralölsteuer werden Firmenpleiten die logische Folge sein, denn viele Unternehmen haben derzeit keine Perspektive, wie es nach dem ersten Oktober weitergehen soll!“*

Nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der mittlerweile in Kraft getretenen CO₂-Bepreisung stellen die unterfertigten Bundesräte daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat umgehend eine Regierungsvorlage zuzuleiten, mit der im Sinne der dringenden Entlastung des heimischen Transport- und Güterbeförderungsgewerbes nachstehende Forderungen umgesetzt werden:


- Senkung der hohen Treibstoffkosten durch Einführung eines Gewerbediesels in Anlehnung an den sogenannten Agrardiesel
- Sofortige Streichung der im Zuge der Steuerreform beschlossenen CO₂-Abgabe
- Sofortige massive Steuersenkung auf Benzin und Diesel durch Halbierung beziehungsweise bei weiteren Preisanstiegen völlige Streichung sowohl der Mehrwertsteuer als auch der Mineralölsteuer sowie die Festsetzung eines Preisdeckels für diese Produkte.“



(Stefan)



(OFNER)



(BERANOS)

